Heimaufsicht

Dienstgebäude Hildesheim
Domhof 1, 31134 Hildesheim
Tel.: 05121 / 304 – 0
Fax: 05121 / 304 – 611

Dienstgebäude Braunschweig
Schillstr. 1, 38102 Braunschweig
Tel.: 0531 / 7019 – 0
Fax: 0531 / 7019 – 199

Dienstgebäude Oldenburg
Moslestraße 1, 26122 Oldenburg
Tel.: 0441 / 2229 - 0
Fax: 0441 / 2229 - 7490

Dienstgebäude Hannover
Schiffgraben 30-32 , 30175 Hannover
Tel.: 0511 / 89701 - 0
Fax: 0511 / 89701 - 166

Dienstgebäude Osnabrück
Iburger Str. 30, 49082 Osnabrück
Tel.: 0541 / 5845 – 0
Fax: 0541 / 5845 – 297

Dienstgebäude Verden
Marienstr. 8, 27283 Verden
Tel.: 04231 / 14 – 0
Fax: 04231 / 14 – 135

Merkblatt zur Anzeigepflicht gem. § 7 Nieders. Heimgesetz (NHeimG)

Ziel dieses Merkblattes ist es zu erläutern, was ein (potentieller) Betreiber eines Heims bei einer Anzeige gem. § 7 NHeimG zu beachten hat, um unnötige Irritationen, Zeitverluste oder gar Ordnungswidrigkeitsverfahren bzw. Betriebsuntersagungen zu vermeiden.

Die Anzeigepflicht gilt für Heime (i.S.d. § 1 Abs. 2 NHeimG), für nicht selbstbestimmte Wohngemeinschaften (i.S.d. § 1 Abs. 3 und 4 NHeimG) und Formen des betreuten Wohnens (i.S.d. § 1 Abs. 5 NHeimG).

Da die Heimaufsichtsbehörde nach Erhalt einer Anzeige gem. § 7 NHeimG auch immer zu prüfen hat, ob die Voraussetzungen des § 5 NHeimG (noch) erfüllt sind, wird zur Beschleunigung des Verfahrens – wie bei einigen Punkten ausgeführt – empfohlen, der Anzeige auch hierzu möglichst viele Unterlagen (so z.B. aktuelle Auskünfte aus Bundes- und Gewerbezentralregister für Heimleitung und vertretungsberechtigte Personen des Betreibers oder Angaben zur geplanten Personalausstattung) beizufügen.

Es ist empfehlenswert, möglichst frühzeitig, also auch schon vor der Anzeige, die spätestens 3 Monate vor der geplanten Betriebsaufnahme erforderlich ist, mit der Heimaufsicht zum Zwecke der Beratung Kontakt aufzunehmen.

Für die Anzeige selbst ist der Vordruck „Anzeige nach § 12 Heimgesetz (HeimG) und zugleich gemeinsamer Strukturhebungsbogen der Verbände der gesetzlichen Pflegekassen in Niedersachsen“ zu verwenden.

Eine gesonderte Anzeigepflicht obliegt Trägern ambulanter Dienste nach § 7 Abs. 5 NHeimG. Die Anzeige muss die dort aufgeführten Angaben enthalten und gilt auch in Bezug auf selbstbestimmte Wohngemeinschaften, wenn dort mehr als vier pflegebedürftige volljährige oder behinderte volljährige Menschen entgeltliche Betreuungsleistungen in Anspruch nehmen.

Die Anzeigepflicht gem. § 7 Abs. 1 bleibt unberührt.

I. Aufnahme Betrieb eines Heims oder Übernahme eines bestehenden Heims (§ 7 Abs. 1)

(Die nachfolgende Nummerierung entspricht den Ziffern des § 5 Abs. 1 NHeimG)

- Welche Behörde ist zuständig?**
- das Niedersächsische Landesamt für Soziales, Jugend und Familie (LS) für
 - Heime oder Teile von Heimen für behinderte volljährige Menschen, mit denen keine Verträge nach § 72 Abs. 1 SGB XI bestehen und
 - Einrichtungen zur Rehabilitation, soweit sie die Voraussetzungen des § 1 Abs. 2 NHeimG erfüllen
 - im Übrigen die Landkreise und kreisfreien Städte
- 1. Zeitpunkt der Betriebsaufnahme bzw. Übernahme**
- Die Anzeige hat mindestens drei Monate vor der vorgesehenen Inbetriebnahme zu erfolgen. Steht der Betriebsaufnahmetermin noch nicht fest, dann ist die Anzeige unvollständig und die Dreimonatsfrist beginnt erst zu laufen, wenn der Termin für den Betriebsbeginn nachgemeldet wurde. Auf die Gefahr einer möglichen Betriebsuntersagung bei verspäteter oder unvollständiger Anzeige wird ausdrücklich hingewiesen.
- 2. Name und Anschriften des Heims und seines Betreibers**
- Bei juristischen Personen als Betreiber eines Heims bitte auch Namen und Anschriften aller vertretungsberechtigten Personen angeben.
- 3. Heimplätze**
- **Nutzungsart des Heims**

Was für ein Heim soll betrieben werden?
Hierzu sind Angaben (evtl. bezogen auf bestimmte Heimbereiche bzw. Plätze) erforderlich

 - zur Zielgruppe (ältere, pflegebedürftige oder behinderte Menschen ? mit welcher Behinderung und welchem Altersrahmen?)
 - zur organisatorischen Zuordnung, sofern es sich nicht um ein eigenständiges Heim handelt, sondern um eine Erweiterung oder Ergänzung zu bereits bestehenden Einrichtungen (z.B. "Außenwohngruppe des ...-Heims")
 - zur vorgesehenen Vorhaltung von Plätzen/Bereichen für geschlossene Unterbringung
 - **Nutzungsart der Räume und deren Lage, Zahl, Größe und vorgesehene Belegung der Wohnräume**

Zur Beschleunigung der Prüfung, ob die vorgesehene Platzzahl nach der Heimmindestbauverordnung (HeimMindBauV) zulässig ist, sollten mit der Anzeige bereits Unterlagen über das Heim-Gebäude (Bauzeichnungen im Maßstab 1:100, Hilfsweise Skizzen, mit Angaben zu den Raumgrößen, der geplanten Nutzung und den vorgesehenen Sanitärobjekten) vorgelegt werden.
Auch sollten hier bereits Angaben zur Binnenstruktur des Heims (Zuordnung bestimmter Räume zu bestimmten Gruppen, Anzahl Einzelzimmer) entsprechend der Konzeption erfolgen.

- **Konzeption** Die Konzeption ist eine Handlungsorientierung für Mitarbeiter und dient insbesondere der Darstellung des Leistungsspektrums der Einrichtung gegenüber Dritten.
Sie beschreibt Rahmenbedingungen (Struktur, Organisation), die zu betreuende Personengruppe, Ziele, Personalausstattung sowie Betreuungsleistungen und das Qualitätsmanagement.

- 4. **Namen, berufliche Ausbildung und Werdegang der Heimleitung, ggf. auch Pflegedienstleitung** Stehen die Heimleitung bzw. die Pflegedienstleitung zum Zeitpunkt der Anzeige noch nicht fest, so sind die Angaben bis zur Aufnahme des Heimbetriebs nachzuholen (§ 7 Abs. 1 Satz 5 NHeimG).
Hinweis: Liegen diese Angaben nicht rechtzeitig vor, droht eine Betriebsuntersagung nach § 13 NHeimG.

- **Heimleitung**
- **Pflegedienstleitung**
 - **Ausbildung** Vorlage der Qualifikationsnachweise (ggf. Kopie) zur Prüfung, ob die Voraussetzungen der Heimpersonalverordnung (HeimPersV) hinsichtlich der fachlichen Qualifikation erfüllt sind.

 - **beruflicher Werdegang** Dies erfolgt am besten in Form eines (beruflichen) Lebenslaufes. Dabei sollte - z.B. durch Arbeitszeugnisse mit Angaben zum Aufgabenbereich - prüfbar sein, ob die Voraussetzungen der HeimPersV hinsichtlich der Leitungskompetenz erfüllt sind.

- 5. **vorgesehene personelle Ausstattung** soweit über die personelle Ausstattung nicht bereits ein Vertrag nach § 72, 84 Abs. 5 oder § 92b SGB XI oder eine Vereinbarung nach § 75 Abs. 3 SGB XII abgeschlossen ist.

Hier sind alle Stellen (nicht Personen!) – aufgeteilt nach Funktionsbereichen (Betreuung/Pflege, Begleitender Dienst, Wirtschaftsdienst, Verwaltung usw.) - anzugeben. Die Stellen für Betreuung/Pflege und Begleitender Dienst sind nach Fachkräften und Nichtfachkräften unter Angabe der Qualifikation aufzuteilen.

Bis zur Inbetriebnahme:
Es ist sicherzustellen, dass die Zahl der Beschäftigten und deren persönliche und fachliche Eignung für die zu leistende Tätigkeit ausreicht.

- Satz 4:**
- Musterverträge mit den Bewohnern** Vertrag zwischen dem Heimbetreiber (Unternehmer) und der Bewohnerin bzw. dem Bewohner (Verbraucher) nach dem WBVG

- sowie der sonstigen allgemein verwendete Verträge** Diese sind z.B.
 - Konsiliararzt - Vertrag
 - Vertrag gem. § 12a Apothekengesetz
 - Verträge nach dem weitergeltenden § 14 HeimG.

Weitere Angaben (§ 7 Abs. 2 NHeimG)

Hinweis:

Als Nachweis der persönlichen Zuverlässigkeit (§ 5 Abs. 3 Nr. 1 NHeimG bzw. § 3 HeimPersV) sind zu erbringen

- von den vertretungsberechtigten Personen des Betreibers:
Führungszeugnis und Auskunft aus dem
Gewerbezentralregister (nicht älter als drei Monate)
- von Heim- und Pflegedienstleitung:
Führungszeugnis und Auskunft aus dem
Gewerbezentralregister (nicht älter als drei Monate)

Bei juristischen Personen sind aktuelle Auszüge aus dem Handels-, Vereins- oder Stiftungsregister vorzulegen.

II. Veränderungen im laufenden Betrieb / Änderungsanzeigen (§ 7 Abs. 3 NHeimG)

Alle Veränderungen bei den oben aufgeführten Punkten 2 – 5 sowie die Absicht, die aufgeführten Verträge wesentlich zu ändern, sind der zuständigen Behörde unverzüglich (d.h. ohne schuldhafte Verzögerung) anzuzeigen. Dazu folgende Hinweise:

Änderungen bei

- **Namen, Anschriften des Heims und seines Betreibers**

- **Nutzungsart Heim, der Räume und deren Lage, Zahl, Größe und Belegung der Wohnräume**

- Nutzungsänderungen, ohne Auswirkung auf die Gesamtplatzzahl (z.B. bisherige Wohnheimplätze sollen künftig Pflegeheimplätze werden, Altenheimplätze sollen künftig Plätze für behinderte Volljährige werden, offene Bereiche sollen in geschlossene umgewandelt werden)
- interne Platzverschiebungen (z.B. ein Dienstzimmer soll mit einem Bewohnerzimmer getauscht werden).
- bauliche Veränderungen, die zu neuen Raumzuschnitten oder Räumen führen
- Verlegung des Heimes

- **Heimleitung / Pflegedienstleitung**

In der Anzeige sind Angaben zu einer Vakanzvertretung zu machen, soweit keine nahtlos anschließende Neubesetzung erfolgt.

Die oben unter I. Ziff. 5 "Heimleitung/Pflegedienstleitung" genannten Unterlagen für die Vakanzvertretung sind beizufügen, soweit diese der Heimaufsicht nicht ohnehin bereits vorliegen. Auch die Berufung eines bereits beschäftigten Mitarbeiters zum Heimleiter ist in diesem Zusammenhang als "Neueinstellung" (nämlich in dieser Funktion) anzusehen.

- **personelle Ausstattung** s. o.

- **Verträge**

Absicht einer wesentlichen Änderung der mit den Bewohnerinnen oder Bewohnern geschlossen oder allgemein verwendeten Verträge.

III. Betriebseinstellung (§ 7 Abs. 4 NHeimG)

Betriebseinstellung (auch teilweise)

In der Anzeige müssen die geplante ordnungsgemäße Abwicklung der Vertragsverhältnisse mit den Bewohnerinnen und Bewohnern und deren anderweitige Unterkunft und Betreuung dargelegt und auf Verlangen nachgewiesen werden.

IV. weitere Anzeige- /Informationspflichten:

§ 11 Heimmitwirkungsverordnung
§ 5 Abs. 1 Heimsicherungsverordnung

V. Anzeigepflicht Träger ambulanter Dienste (§ 7 Abs. 5 NHeimG)

Eine gesonderte Anzeigepflicht obliegt Trägern ambulanter Dienste nach § 7 Abs. 5 NHeimG. Die Anzeigepflicht der Träger ambulanter Dienste gilt auch in Bezug auf selbstbestimmte Wohngemeinschaften.

Wer als Träger eines ambulanten Dienstes entgeltliche Betreuungsleistungen in einer Wohngemeinschaft von mehr als vier pflegebedürftigen volljährigen oder behinderten volljährigen Menschen erbringt oder erbringen will, hat dies der Heimaufsichtsbehörde anzuzeigen.

Die Anzeigepflicht gemäß § 7 Absatz 1 bleibt unberührt.

Die Anzeige muss enthalten

1. die Anschrift der Wohngemeinschaft,
2. Namen und Anschrift der Vermieterin oder des Vermieters der Räumlichkeiten der Wohngemeinschaft,
3. die Anzahl der Bewohnerinnen und Bewohner und die Zahl der Pflegebedürftigen in den einzelnen Pflegestufen,
4. bei Wohngemeinschaften pflegebedürftiger volljähriger Menschen eine Erklärung darüber, ob zwischen dem Träger des ambulanten Dienstes und der Vermieterin oder dem Vermieter eine rechtliche oder tatsächliche Verbindung besteht, und
5. eine Kopie der mit den Bewohnerinnen und Bewohnern geschlossenen Verträge über die Leistungserbringung, ohne dass die Namen der Bewohnerinnen und Bewohnern erkennbar werden.

Die Verpflichtung zur Anzeige von Änderungen vorstehender Angaben erstreckt sich auch auf die Mitteilung von Änderungen in der personellen Zusammensetzung der Bewohnerinnen und Bewohner einschließlich ihrer jeweiligen Pflegestufen.